

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Ad-hoc-Arbeitsgruppe
Grundlagen und Leitbild

Wortprotokoll der 2. Sitzung

Ad-hoc-Arbeitsgruppe **Grundlagen und Leitbild**

Berlin, den 22. April 2015, 11:00 Uhr
10117 Berlin, Wilhelmstraße 65
Jakob-Kaiser-Haus, Sitzungssaal 1.228

Vorsitz:

- Michael Müller

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt 1	Seite 4
-----------------------------	----------------

Begrüßung

Tagesordnungspunkt 2	Seite 4
-----------------------------	----------------

Organisations- und Verfahrensfragen
(Festlegung weiterer Sitzungstermine
für das Jahr 2015).

Tagesordnungspunkt 3	Seite 5
-----------------------------	----------------

Ziel, Definition und Verständnis des
Leitbildes

Tagesordnungspunkt 4	Seite 12
-----------------------------	-----------------

Beratung des überarbeiteten Leitbildentwurfs

Tagesordnungspunkt 5	Seite 23
-----------------------------	-----------------

2. Entwurf Grundlagen der Kommissionsarbeit

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Ad-hoc-Arbeitsgruppe
Grundlagen und Leitbild

Teilnehmer:

Michael Müller
Prof. Dr. Armin Grunwald
Steffen Kanitz
Sylvia Kotting-Uhl
Erhard Ott
Min Stefan Wenzel

Tagesordnungspunkt 1

Begrüßung

Vorsitzender Michael Müller: Ich begrüße Sie recht herzlich zu der Sitzung der Ad-hoc-Gruppe. Ihnen sind zwei Unterlagen zugegangen: erstens für den Teil A, wenn ich den ursprünglichen Gliederungsentwurf nehme, bei dem ja der Text insgesamt höchstens 50 Seiten umfassen soll, das Leitbild, und zweitens für die ausführlichere Beschreibung der Grundlagen der Kommissionsarbeit.

Wir, Frau Heinen-Esser und ich sowie die Geschäftsstelle haben uns bemüht, die Anregungen aufzugreifen und einzuarbeiten. Lassen Sie mich deshalb vielleicht vorweg noch einmal sagen, wie die Ausgangsbedingungen sind.

Nach der katastrophalen Unfallserie in Fukushima hat sich ja eine veränderte Situation auch in Deutschland ergeben, die eigentlich die Grundlage dafür ist, dass wir die Chance haben, Auseinandersetzungen, die jahrelang auf der Straße stattgefunden haben, in den politischen Raum zurückzuholen, also dahin, wo sie auch hingehören. Frau Merkel hat damals zur Begründung gesagt - das ist der entscheidende Punkt für mich -:

... in Fukushima haben wir zur Kenntnis nehmen müssen, dass selbst in einem Hochtechnologieland wie Japan die Risiken der Kernenergie nicht sicher beherrscht werden können. Wer das erkennt, muss die notwendigen Konsequenzen ziehen. [...] muss eine neue Bewertung vornehmen.

(Abg. Sylvia Kotting-Uhl meldet sich zu Wort)

- Ja?

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Herr Müller, Entschuldigung, aber wir sollten uns - - Wir haben uns ja unglaublich lange nicht getroffen, und eigentlich sollten wir erst eine Tagesordnung beschließen, -

Vorsitzender Michael Müller: Ach so, Entschuldigung.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: - weil ich da auch noch eine grundsätzliche Frage habe, ob wir uns nicht vorher nicht noch einmal über etwas anderes unterhalten müssten, bevor wir in den Text hineingehen.

Vorsitzender Michael Müller: Ja, Entschuldigung; das habe ich jetzt versäumt. Aber meine Vorbemerkung bezweckte weniger, in den Text hineinzugehen, sondern war zur Erklärung gedacht.

Tagesordnungspunkt 2

Organisations- und Verfahrensfragen

Also, wir haben eine Tagesordnung vorliegen. Das ist zur zweiten Sitzung. Ich frage, ob es dazu Anmerkungen, Anregungen, Veränderungswünsche gibt. - Bitte.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ich hatte ja einmal schriftlich angeregt, dass wir uns nach meiner Meinung eigentlich erst einmal hier verständigen müssten, welches Ziel genau dieses Leitbild hat, weil mir nicht ganz klar ist, ob das noch ein Leitbild im Sinne eines Auftrags in Richtung Kommission ist, auf welcher Grundlage die Kommission arbeitet, oder ob es eher in die Richtung einer Präambel für den späteren Bericht geht. Das ist mir bisher nicht klar; das hat dann auch Implikationen für die einzelnen Punkte. Das hätte ich gern erst einmal geklärt.

Vorsitzender Michael Müller: Gut, das können wir machen. Das hieße, ein neuer Tagesordnungspunkt, oder ein vorweggezogener

Ad-hoc-Arbeitsgruppe
Grundlagen und Leitbild

Tagesordnungspunkt, wobei ich glaube - - Aus unserer Sicht war ja der Versuch, dies zu teilen, gerade die Antwort auf Ihre Frage. Aber wir können das ja dann grundsätzlich noch einmal debattieren. - Einverstanden dann?

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ja.

Vorsitzender Michael Müller: Gut. Das würde ich dann als Tagesordnungspunkt 3 neu einschieben und die jetzigen Punkte 3 und 4 nach hinten schieben.

Erst noch einmal zu den Organisations- und Verfahrensfragen, Festlegung weiterer Sitzungstermine. Gibt es dazu einen Vorschlag vonseiten des Büros?

Jürgen Voges (BT): Ja, das hängt aber auch vom Ergebnis heute ab.

Vorsitzender Michael Müller: Dann stellen wir den Punkt nach hinten.

Tagesordnungspunkt 3
Ziel, Definition und Verständnis des Leitbildes

Also, machen wir dann noch einmal die Positionen der Einbeziehung bzw. der Definition, und dann bitte ich eben, Frau Kotting-Uhl, fangen Sie an.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ich kann meine Frage nur wiederholen. Also, für mich hat sich in den bisherigen Diskussionen nicht ergeben, dass wir ein einheitliches Verständnis davon haben, wofür dieses Leitbild jetzt die Grundlage ist.

Sie haben jetzt gerade gesagt, Sie haben versucht, es durch diese Teilung klarzumachen. Dazu muss ich sagen, dann ist mir da etwas entgangen. Daher würde ich Sie einfach bitten, das vielleicht noch einmal darzulegen, sodass meine Frage jetzt beantwortet wird. Also, wofür ist das Leitbild sozusagen leitend, für unsere Arbeit - dann müssten wir es ja sehr zügig haben - oder eben

für das spätere Verständnis der Suche, für die Öffentlichkeit, auch ganz stark für diejenigen, die den Bericht lesen sollen? Dann haben wir in der Tat noch viel Zeit.

Vorsitzender Michael Müller: Hat sich noch jemand dazu gemeldet? - Nein.

Ich möchte noch einmal davon ausgehen, dass wir, also die Geschäftsstelle, Frau Heinen-Esser und ich, im Übrigen auch durch den Hinweis von Herrn Kanitz und anderen zu der Grundposition gekommen sind, dass wir den Bericht teilen müssen, dass also am Anfang - ich will jetzt keine feste Definition geben, aber sage es einmal - auf rund 40 bis 50 Seiten quasi die Grundlage des Berichtes stehen: was das Ziel des Berichtes ist, welches die Empfehlungen sind. Das wäre sozusagen der Teil A, wo dann aus unserer Sicht auch das Leitbild, also diese zweieinhalb Seiten, hineingehört, weil dieses Leitbild dann nichts anderes als die Definition ist, was das Selbstverständnis für die dann folgenden Empfehlungen und Beschreibungen ist.

Danach, nach diesen Grundsätzen, wird noch einmal kurz beschrieben, warum wir auch glauben, dass jetzt eine politische Mehrheit für so etwas vorhanden ist, und dann kommen die Empfehlungen. Das wäre also sozusagen der Teil A, und da wird auch klar, um was es geht.

Der zweite Punkt - das wollte ich vorhin darstellen - greift im Grunde genommen auf, worum es außerhalb der technischen Debatte geht, wenn wir einen Neustart machen, nämlich um die Einsicht, dass es nicht alleine um die Frage der Nutzung der Kernenergie ging, sondern dass sich für uns die Frage stellt, wie wir insgesamt mit komplexen Technologien, komplexen Prozessen umgehen, also wie wir sozusagen zu einem anderen gesellschaftlichen, kulturellen und auch politischen Stil kommen, der aus diesen Fragen gelernt hat.

Ad-hoc-Arbeitsgruppe
Grundlagen und Leitbild

Wie soll eigentlich Glaubwürdigkeit entstehen, wenn wir das nur als eine punktuelle Frage ansehen? Ich kann jedenfalls nicht nachvollziehen, dass es hier nur um eine punktuelle Frage ging. Bei der Frage der Kernenergie war es möglicherweise besonders zugespitzt; aber ich teile eher Positionen, wie sie Ulrich Beck oder andere beschrieben haben, dass hier ein Wechsel im Verständnis der modernen Gesellschaft liegt und die Problematik darin liegen kann, dass diese Veränderung zu einer abwehrenden, negativen Haltung generell für komplizierte Prozesse führt, wenn wir nicht Leitlinien oder Kriterien aufarbeiten, um die in der Gesellschaft immer stärker werdenden komplexen Fragen auch künftig rational behandeln zu können.

Der Grundtrend der modernen Gesellschaft ist, dass sie immer ausdifferenzierter, immer internationalisierter, immer schneller wird, dass aber gleichzeitig unsere politischen Umgangsformen damit auch immer mehr einzelfallorientiert sind. Dieser Widerspruch hat sich bei der Kernenergie in besonderer Weise gezeigt. Wenn man daraus lernen will und wenn man also Glaubwürdigkeit in der Gesellschaft haben will, muss man aus meiner Sicht dazu etwas sagen.

Ich bin beispielsweise davon überzeugt, dass wir auch sehr viele sehr gute technische Vorschläge zur Lösung des Endlagerproblems haben. Dass wir dabei nicht weiterkommen, liegt eher an gesellschaftlichen, kulturellen Konflikten, die entweder die Politik auflöst oder die nicht aufgelöst werden, weil der Kern der Politik, richtig verstanden, ist, Zusammenhänge zu begreifen und daraus Schlussfolgerungen zu ziehen. Darin unterscheidet sich die Politik beispielsweise von Vertretern einzelner Interessen. Es ist der Kern von Politik, Zusammenhänge zu begreifen. Zusammenhänge begreife ich nur, wenn ich sie geschichtlich einordne und weiß, wohin ich will; sonst wird es nicht funktionieren.

Darum geht es in dieser Beschreibung. Es geht nicht darum, alte Schlachten zu führen; dies ist durch die Entscheidung von 2011 auch vorbei. Es geht nicht darum, dem einen oder anderen mehr Sympathie zu zeigen - das können wir alles persönlich machen -, sondern es geht darum, wie man politisch eine meines Erachtens gravierende Veränderung aufgreift und der Politik insgesamt Empfehlungen gibt, wie man künftig damit umgeht.

Wir sollen uns hier alle nichts vormachen; die Empfehlungen, die wir abgeben, werden auf jeden Fall nicht unkritisch aufgenommen werden. Es gibt in der Frage keine Lösung, die zu 100 Prozent geteilt wird; das wird es nicht geben. Also muss man eine Grundorientierung schaffen, dass wieder Vertrauen und ein gemeinsames Gefühl von Verantwortung da sind. Genau das versuche ich oder versuchen wir. Um etwas anderes geht es nicht; aber das halte ich für unverzichtbar. - Ja, Herr Kanitz.

Abg. Steffen Kanitz: Herr Müller, erst einmal vielen Dank, dass Sie die Anregung aufgegriffen haben, die in der Tat ja nicht nur von mir, sondern von vielen anderen auch gekommen ist. Das schließt an die Frage an, die Frau Kottling-Uhl auch gestellt hat, und ist damit auch ein Stück weit wegweisend dafür, wie wir hinterher die Grundlagen formulieren.

Also, was steht am Anfang des Berichtes? - Ich nehme an, sozusagen das Leitbild - Sie haben das genannt -, also die zwölf Grundsätze, die uns sozusagen in der Arbeit leiten.

(Jürgen Voges [BT]: 15!)

- oder 15; genau, okay. Jetzt ist nur meine Frage - Herr Voges hat ja dankenswerterweise die Gliederung gerade noch einmal verteilt -: Wenn wir da hineingucken, wo soll welcher Teil stehen, nur zum Verständnis? Also, Teil A, Leitbild der Kommission, das sind die Grundsätze?

Ad-hoc-Arbeitsgruppe
Grundlagen und Leitbild

Vorsitzender Michael Müller: Ja.

Abg. Steffen Kanitz: Okay, und die Grundlagen kämen dann am Anfang von Teil B?

Vorsitzender Michael Müller: Ja, genau.

Abg. Steffen Kanitz: Okay, verstanden. Die kämen am Anfang von Teil B, okay. Was wir vielleicht schon noch einmal - deswegen bin ich Frau Kotting-Uhl dankbar für den Anstoß - diskutieren sollten, bevor wir dann konkret in die Leitsätze hineingehen: Wen wollen wir damit eigentlich erreichen?

Bei allem Verständnis für die Diskussion, die wir alle intern führen - ich nenne einmal die Stichworte kategorischer Imperativ und reflexive Modernisierung -, bin ich mir nicht ganz sicher, wer von den normalen Bürgern diese Stichworte versteht. Deswegen stelle ich mir schon die Frage, wen wir eigentlich in welcher Art und Weise mit Teilen des Berichtes, dem Leitbild oder den Grundsätzen, erreichen wollen.

Der erste Punkt wäre deswegen einfach die Frage: Wie formulieren wir, gehen wir dabei vom Bürger, von der Öffentlichkeit, der breiten Öffentlichkeit, oder von einer Fachöffentlichkeit aus? Ich habe uns so verstanden, dass wir, indem wir aus der Vergangenheit lernen, auch versuchen, eine breite Öffentlichkeit zu erreichen und nicht nur das Fachpublikum. Ich glaube, dass wir uns sozusagen in der Formulierung ein Stück weit danach richten müssten.

Der zweite Punkt wäre die Frage der Technikfolgenabschätzung. Herr Müller, Sie haben völlig recht: Natürlich ist der Umgang mit der Atomenergie ein Beispiel dafür, dass wir da noch keinen Umgang gefunden haben. Die Frage, die ich mir nur stelle - jetzt mag ich ein bisschen penibel sein -, ist sozusagen: Ist das unser Arbeitsauftrag als Kommission?

Ich glaube, es kann ein Arbeitsauftrag sein, wenn wir sagen, wir sehen uns in der Kommission als Vorbild für den Umgang mit einer Technologie, die wir nicht abschließend beherrschen, sodass wir da Fragestellungen aufwerfen. Ich glaube, wenn ich mir die Zuständigkeiten angucke und sehe, es gibt eben einen Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, ein Büro, Herr Grunwald, das Ihnen ja gut bekannt ist und das uns auch berät, dann stelle ich mir schon die Frage, ob nicht eine zweite Kommission notwendig wäre, die sich explizit noch einmal um das Thema Umgang mit der Technikfolgenabschätzung kümmert, weil wir damit natürlich einen Komplex aufmachen, der extrem wichtig ist, den wir auch noch nicht beantwortet haben, von dem ich mir aber auch nicht sicher bin, ob wir ihn abschließend in dieser Kommission regeln können.

Ich glaube, es ist wichtig, Impulse zu geben und zu sagen, das ist ein Beispiel dafür, dass wir da offensichtlich versagt haben. Aber ich glaube trotzdem, dass wir einfach auch in dieser Runde einmal darüber diskutieren können und sollten, welchen Anspruch wir an die Kommission in diesem Zusammenhang haben.

Dann wäre der dritte Punkt - wir haben das ja gerade besprochen -, dass das Leitbild am Anfang steht. Aber das können wir dann gleich machen, wenn wir über die konkreten Grundsätze sprechen. Wenn das Leitbild am Anfang steht, dann glaube ich, dass wir Ergebnisse des Kommissionsberichtes und der Kommissionsarbeit da noch nicht vorwegnehmen können; das ist mein Verständnis.

Also, ich spreche einmal von dem Thema Rückholbarkeit. Wir alle sind uns einig, dass das kommen wird. Aber das waren wir uns möglicherweise am Anfang der Kommissionsarbeit noch nicht. Wenn ich sozusagen einen unbeteiligten Dritten habe, der den Kommissionsbericht liest und sich am Anfang, auf den ersten Seiten, dieses Leitbild

Ad-hoc-Arbeitsgruppe
Grundlagen und Leitbild

und die Grundsätze anguckt und liest, Rückholbarkeit, selbstverständlich, dann widerspricht das jedenfalls dem Bürgergutachten von ENTRIA - auf ENTRIA schielen wir ja sonst auch -, wo es offensichtlich viele Bürger gegeben hat, die sich in diesem Punkt uneinig waren. Wir und insbesondere die Fachleute, die Wissenschaftler, sagen, es ist völlig notwendig, das zu tun. Ich sehe das auch so. Aber ich weiß nicht, ob wir das sozusagen vorwegnehmen können oder ob das Arbeitsergebnis des Kommissionsberichtes sein muss.

Das ist aber jetzt ein konkreter Punkt; ich wollte jetzt noch nicht auf die konkreten Grundsätze gehen, sondern wäre dankbar, wenn wir jetzt am Anfang einfach noch einmal so ein bisschen über die Struktur sprechen.

Ich empfinde die Zweiteilung als sehr gut und auch sehr gelungen. Da sind eine Menge Punkte aufgenommen worden. Ich meine nur, dass wir den Punkt Verständlichkeit hinsichtlich unserer eigentlichen Zielgruppe, die wir erreichen wollen, und vielleicht auch das Thema Umfang der Technikfolgenabschätzung noch einmal diskutieren könnten.

Vorsitzender Michael Müller: Herr Grunwald.

Prof. Dr. Armin Grunwald: Ja, vielen Dank. - Herr Kanitz, was vielleicht nicht witzig, aber doch irgendwie lehrreich ist: Mein Karlsruher Institut stammt ja letztlich aus dem Kernenergiekontext, also aus den Begebnissen der 60er-Jahre, als dort in Karlsruhe wirklich noch massiv Kernforschung betrieben worden ist, quasi ein Nebenprodukt aus dieser Kernenergiegeschichte, vielleicht sogar ein Teilaspekt eines allmählich lernenden Umgangs mit diesem Großthema.

Ich wollte kurz sagen, wie ich jetzt die Thematik reflexive Modernisierung usw. verstehe. Als Kommission haben wir einen Auftrag. Der Auftrag bezieht sich auf die sichere Verwahrung

hoch radioaktiver Abfälle, klar. Da kann man sich natürlich schon fragen: Was hat denn das jetzt mit Ulrich Beck usw. zu tun?

Wir arbeiten ja - da stimme ich Herrn Müller ganz klar zu und würde das auch verstärken wollen -, in Bezug auf die radioaktiven Abfälle nicht in einem luftleeren Raum, sondern in einer geistesgeschichtlichen Situation, in der wir jahrzehntelange Erfahrung mit Technologien haben, mit Ambivalenzen, mit Nebenfolgen, an die man früher nicht gedacht hat, mit der Erkenntnis, dass wir null Risiko technisch nie garantiert hinbekommen. All diese Erfahrungen, die wir haben, äußern sich ja dann darin, dass wir immer weniger auf rein technische, sprich auch rein technokratische Lösungen, gehen, sondern auf so etwas wie lernende Verfahren. Das finden wir in ganz vielen Bereichen der Gesellschaft, nicht nur hier.

Ich glaube, diesen Hintergrund für unsere Arbeit transparent und deutlich zu machen, wird helfen, auch in der Öffentlichkeit Akzeptanz und Zustimmung zu der Art und Weise zu finden, wie wir das Thema hoch radioaktive Abfälle bearbeiten.

Da würde ich Ihnen, Herr Kanitz, auch zustimmen und sagen: In der Formulierung sollten wir jetzt nicht auf eine philosophisch oder wie auch immer geartete Fachöffentlichkeit zielen, sondern schon sehen, dass es auch in einer möglichst breiten Öffentlichkeit verstanden wird, wie bei den anderen Textteilen ja auch. Ich meine, wenn man über Monitoring in einem Endlager nachdenkt, das abgeschlossen ist, und über technische Lösungen spricht, wird es auch schwer, dies den Bürgern zu vermitteln. Hier haben wir dieses Problem auch, auf eine andere Art und Weise.

Da wäre mir auch daran gelegen, dass wir die Texte zumindest soweit hinbekommen, dass sie, sagen wir mal, von den großen Tageszeitungen im Feuilleton irgendwie angesprochen werden.

Ad-hoc-Arbeitsgruppe
Grundlagen und Leitbild

Das wäre so eine Ebene, bei der ich mir vorstellen könnte, dass wir so weit kommen, dass es dort auch rezipiert wird. - Ja, damit mache ich einmal vorläufig Schluss.

Vorsitzender Michael Müller: Frau Kotting-Uhl. - Ich will nur vorweg sagen: Das ist natürlich selbstverständlich, wenn wir etwas sprachlich verbessern können, dann ist das gar keine Frage, also erklärender dann.

Trotzdem, nur die Bemerkung möchte ich machen: Aus meiner Erfahrung in Enquetekommissionen wurden solche Kommissionen vor allem dann gut, wenn sie sich auch ehrgeizig etwas zugetraut haben. Nur mit dem Aufzuschreiben, möglichst nach dem Gesichtspunkt, dass es wenig „aneckt“ - das ist so nicht gemeint; ich will es aber bewusst sagen -, wird man erstens nach innen wenig und zweitens auch nach außen nicht das Notwendige erreichen: nach innen, dass man das Gefühl hat, wir haben da etwas geleistet, und nach außen, dass die Leute sehen, wir haben uns auch wirklich Gedanken gemacht, wir haben nicht nur ein technisches Konzept vorgeschlagen.

Ich sage es noch einmal: Was mich bei der ganzen Atommüllfrage irritiert, ist, dass ich niemanden kenne, der, wenn er die nationale Depotpflicht akzeptiert, nicht sagt, dass es gelöst werden muss. Ich kenne niemanden. Aber trotzdem sind kein Vertrauen und keine Verständigung da. Ich glaube, das liegt daran, dass man klarer machen muss, wie man das sieht, wie man das einordnet und welche Schlussfolgerungen man auch darüber hinaus zieht; davon bin ich überzeugt. - Frau Kotting-Uhl.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ich stimme Ihnen völlig zu, Herr Müller, dass das Einbetten in einen bestimmten Kontext, der natürlich auch den Atomausstieg und die gesellschaftliche Situation, in der wir uns gerade befinden, und auf alle Fälle ebenso ein Stück weit die Frage umfasst, wie wir

mit technischen Entwicklungen und technischen Machbarkeiten umgehen, auch dazu beitragen kann, diesen Vertrauensaufbau, der ja unsere Hauptaufgabe, unsere Metaaufgabe ist, ein Stück weit zu leisten.

Ich gebe Ihnen auch völlig Recht, was die Anmerkungen zur Enquete betrifft; aber ich glaube, es gibt zwei gravierende Unterschiede unserer Kommission zu einer Enquetekommission. Das eine ist das, was wir sozusagen unserem Auftraggeber zurückgeben. Auftraggeber sind in unserem Fall Bundestag und Bundesrat. Eine Enquete gibt Dinge zum Nachdenken und zum zukünftigen Entwickeln zurück. Das ist ein breites, oft ein bisschen diffuses Feld, wo eine Richtung vorgegeben wird. Wir müssen auch für die Abgeordneten, die mit unserer Thematik gar nicht befasst sind, eine ganz klare, leicht verständliche Handlungsempfehlung zurückgeben. Da sehe ich schon einen Unterschied.

Der zweite Unterschied ist in meinen Augen der Adressat. Wenn wir uns darauf verständigen - ich glaube es schon; so höre ich jetzt zumindest die Beiträge, und so habe ich ja auch Sie, Herr Müller, immer verstanden -, dass natürlich unser Adressat auch die Gesellschaft selbst ist, also jetzt nicht nur der politische Raum und der akademische Raum, sondern die Gesellschaft, und zwar auch gerade diejenigen, die eben entweder kritisch und/oder besorgt uns oder der Aufgabe gegenüberstehen, dann wollen wir sie ja auch erreichen.

Mir ist schon klar, dass es eine gewisse Gratwanderung ist, auf der einen Seite jetzt nicht zu simpel daherzukommen, zu vereinfachend in der komplexen Thematik, aber trotzdem so, dass auch der Bürger, den wir erreichen wollen, die Bürgerin, in der Lage ist, das zu lesen, und es nicht nach 20 Seiten entnervt weglegt, weil zu viele Dinge darin sind, die nicht mehr nachvollziehbar sind.

Ad-hoc-Arbeitsgruppe
Grundlagen und Leitbild

Auf der anderen Seite geht es natürlich auch um den Bogen, den wir spannen. Ich bin ganz bei Ihnen, dass wir den Bogen und das Umfeld, in dem wir unsere Aufgabe lösen, wirklich auch benennen. Aber trotzdem habe ich, auch dann, wenn ich mir die Gliederung und die bisherigen Entwürfe anschau, für mich das dringliche Bedürfnis, das Ganze ein bisschen zu straffen und ein bisschen zu vereinfachen.

Vorsitzender Michael Müller: Ich hatte noch etwas vergessen zur Technologiefolgenabschätzung: Ich war damals auch dabei, als die Technologiefolgenabschätzung eingerichtet wurde, und ich komme zu dem Ergebnis, jetzt einmal unbeschadet von der Kernenergiefrage, dass die Technologiefolgendebeate im Bundestag nicht den Stellenwert hat, den sie haben müsste.

Es läuft doch im Kern so ab: Dankenswerterweise macht das KIT gute Berichte. Die Berichte gehen dann an die Berichterstatter im Forschungsausschuss, und was dann weiter passiert, hängt letztlich daran, ob die Adressaten sich darum bemühen und daraus etwas machen. Es tut mir leid: Ich finde, dafür sind die Probleme zu gewaltig, um das weiter so in dieser Weise zu machen. Ich will das nur klarstellen.

(Abg. Steffen Kanitz: Da haben Sie Recht! - Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ja, richtig!)

Ich könnte das in vielen anderen Bereichen sagen, beispielsweise in Bezug auf Klimawandel, beispielsweise in Bezug auf Ressourcenknappheit. Wir haben überall so viele warnende Berichte. Warum wird das nicht anders behandelt? Diese Frage stelle ich mir.

Zu Ihnen, Frau Kotting-Uhl: Bei einer solchen Berichterstattung haben wir meines Erachtens sehr wohl den Auftrag, auch weitergehende Perspektiven aufzuzeigen, weil wir ja Kriterien für die Lösung eines Problems sehen, und ich

glaube, es ist Konsens in der Gruppe, dass dies nicht nur eine technische Frage ist.

(Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Nein, nein!)

Also ist es auch eine kulturelle Frage, eine soziale oder wie auch immer.

Wenn das die Ausgangsbedingung ist, dann, sage ich Ihnen, müssen wir herüberkommen, dass diese Gruppe etwas ganz Ernsthaftes gemacht hat, und das muss aus meiner Sicht in zwei Punkten deutlich werden.

Der erste Punkt ist: Die politische Wirkung unserer Empfehlungen ist stark davon abhängig, dass wir möglichst im Konsens entscheiden. Je weniger Konsens in der Gruppe, desto schwieriger wird es im politischen Raum durchzusetzen sein; das ist so. Wenn es eine einstimmige Empfehlung gibt, ist es viel schwieriger, eine Empfehlung wegzudrücken, als wenn sie kontrovers verabschiedet wird. Da kann ich diskutieren, wie ich will; das ist so.

Der zweite Punkt ist: Es soll in der Art der Anlage des Textes, in dem, was wir an gedanklichem Hintergrund darstellen, klargemacht werden, dass das keine Nullachtfünfzehn-Geschichte ist. Meine Einschätzung von den früheren Kolleginnen und Kollegen im Bundestag ist nämlich eine andere. Sie werden in dem Bericht danach gucken, ob sie persönlich in ihrem Wahlkreis betroffen sind oder nicht. Das aber will ich nicht. Ich will, dass sie über das Thema nachdenken; das ist mein Ziel, und das ist ein bisschen mehr, nicht? - Gut. Wer möchte noch? - Stefan Wenzel.

Min Stefan Wenzel: Ich möchte da noch einmal aufsetzen, wo Michael Müller geschlossen hat. Man muss sich ja auch vorstellen: Wenn die Kommission eine überzeugende Arbeit abliefern und damit auch diesen Prozess für einen langen Zeitraum in eine neue Richtung bringt, dann werden nach uns andere Personen im politischen

Ad-hoc-Arbeitsgruppe
Grundlagen und Leitbild

Raum, im gesellschaftlichen Kontext, in Verbänden immer wieder an Punkte kommen, an denen sie sich fragen: Warum ist denn das einmal vor zehn oder 20 Jahren so und nicht anders entschieden worden? Dann wird man immer wieder gucken: Was haben denn die damals Entscheidenden sich auch für Grundsätze herangezogen, die sie in dieser Entscheidung geleitet haben oder die sie zu dieser Überzeugung gebracht haben?

Wir haben heute alle eine politische und eine soziale Biografie, die über eine lange Auseinandersetzung auch mit der Frage geprägt ist, ob die Nutzung von Atomkraft verantwortbar ist oder nicht verantwortbar ist - dabei spielt auch die ganze Frage der Proliferation und des Missbrauchs dieser Stoffe eine Rolle -, und wir sind darüber zu einer Überzeugung gelangt, die hoffentlich am Ende in einen solchen Konsens einfließt.

Aber wir können nicht sicher sein, dass nicht in 20 oder 40 Jahren einmal junge Menschen fragen: Ach, kann man das nicht ganz anders sehen? Wenn sie aber in 20 und 40 Jahren jedes Mal wieder völlig neu versuchen anzufangen, dann wird die Lösung dieses Problems bis in alle Unendlichkeit verschoben werden.

Deswegen ist meines Erachtens ein solches Leitbild mit Grundsätzen, die uns bei der Erarbeitung geleitet haben, wichtig, aber auch, ein historisches Verständnis für die Gründe zu vermitteln, die dazu geführt haben, dass man das in dieser Form versucht hat; denn es hat ja tausend andere Versuche gegeben, das Problem zu lösen, die bisher nicht zum Ziel geführt haben.

Vorsitzender Michael Müller: Ja, vielen Dank. - Herr Grunwald, sofort. Ich will nur noch einmal eine Bemerkung zu dem geschichtlichen Ablauf machen. Da geht es mir überhaupt nicht um Schuldzuweisung. Wenn ich ein solches Papier machte, sähe das ganz anders aus. Das

könnte ich auch, aber das will ich gar nicht, sondern ich will ein auf Verständigung ausgerichtetes Papier.

Um es einmal in einem anderen Vergleich zu sehen: Meine Eltern sind mit mir zusammen, weil mein Vater am Aufstand am 17. Juni beteiligt war, 1953 aus der DDR geflohen. Wenn ich aber in der DDR geblieben wäre, würde ich heute keine Garantie abgeben, ob ich nicht beispielsweise auch in bestimmten staatlichen Organisationen mitgemacht hätte. Ich kann es nicht sagen.

Und so versuche ich, auch bei der Atomenergie ein bisschen klarzustellen: Damals nach dem Krieg war eine bestimmte Stimmung vorhanden, die auf Reflexion nicht ausgerichtet war, und so etwas schreiben wir auch gar nicht. Meine Kritik ist eher: Als man merkte, dass es sozusagen Verschiebungen gibt, dass es dann noch so schwierig war, diese Verschiebungen zu verstehen, und daraus verändertes politisches Handeln möglich zu machen. Aber das ist alles sozusagen ein erklärender Versuch; es ist kein besserwisserischer Versuch. Das meine ich damit. - Herr Grunwald.

Prof. Dr. Armin Grunwald: Mich hat Herr Wenzel noch auf eine Idee gebracht. Wenn wir gleich durch die 15 Grundsätze im Leitbild gehen, wäre es ja wichtig, Herr Wenzel, dass zukünftige Generationen dieses Leitbild auch noch verstehen und möglichst auch noch akzeptieren. Das heißt, darin sollten möglichst keine Zeitgeistdinge stehen, die vielleicht in zehn Jahren schon wieder überholt sind.

Wenn man so geschichtlich schaut: Manche Dinge halten sich recht gut über die Zeit, und andere gehen relativ schnell wieder weg. Vielleicht hilft es da ab und zu auch, beim Blick auf die 15 Grundsätze diesen Filter zu benutzen. Wenn wir da zu sehr nur auf heute schauen, dann ist die Gefahr des Veraltens oder des Altmodisch-Werdens groß, und dann ist die

Ad-hoc-Arbeitsgruppe
Grundlagen und Leitbild

Gefahr größer, dass da zukünftig wieder alles über Bord geworfen wird. Ich sage dies wohl wissend, dass man letztlich nie weiß, was jetzt Zeitgeist ist und was sich halten wird; aber man kann es ja versuchen.

Vorsitzender Michael Müller: Weitere Wortmeldungen? - Frau Kotting-Uhl.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ein letzter Beitrag jetzt von mir zu dieser Thematik. - Was Sie über die TAB-Berichte sagen, kann ich als stellvertretendes und in der letzten Legislaturperiode ordentliches Mitglied im Forschungsausschuss wirklich nur bestätigen. Sie werden im Normalfall nicht einmal diskutiert. Es gibt in jeder Fraktion einen Berichtersteller dazu, der wahrscheinlich aber auch nicht in der Lage ist, das jedes Mal gründlich durchzuarbeiten. Also, damit wird wirklich sehr unter Niveau umgegangen.

Ich befürchte nur, dass es in weiten Teilen mit unserem Bericht auch so sein wird, weil er viele rein zeitlich und auch thematisch überfordern wird. Das ist aber jetzt auch nicht so wichtig. Da gehe ich einmal davon aus, dass sich mindestens diejenigen in den zuständigen Ausschüssen und in den Fraktionsvorständen schon damit befassen werden.

Ich habe jetzt verstanden - ich glaube, da herrscht eine Einigkeit -, dass dieser Bericht nicht nur nach innen geht, also nicht nur an Bundestag und Bundesrat, sondern auch nach außen. Ich glaube übrigens, Stefan, in 20 Jahren wird keiner mehr in diesen Bericht hineinschauen und in 40 Jahren schon gar nicht. Das ist bei solchen Drucksachen leider so, dass sie dann in der Historie etwas verschwinden.

Aber wenn diese Grundsätze zum Beispiel sehr klar gefasst sind - darüber reden wir ja auch gleich noch; ich nenne jetzt keine Zahl, weil ich glaube, wir kommen mit weniger als 15 aus -, dann könnten sie beispielsweise überdauern.

Also, dieser Teil A, würde ich jetzt einmal sagen, das ist die Hauptsache, die draußen gelesen werden wird; das Weitere liest man als jemand von draußen vielleicht selektiv. Die Zusammenfassung des Berichts, das Leitbild und diese Grundsätze müssen wirklich klar, konkret und verständlich sein. Dann kann man in dem Teil B auch gerne ausführlich werden.

Vorsitzender Michael Müller: Ja, so ist ja die Anlage, wiewohl ich die Spaltung, dass das eine eher gelesen werden wird als das andere, insofern etwas relativieren möchte: Oft ist es ja so, dass man dann, wenn der Einstieg interessant ist, weiterliest. Also, ich lese ein Buch nicht weiter, wenn es am Anfang nicht interessant ist. Insofern muss man sehen, wie man das hinkriegt. Im Übrigen ist es vielleicht auch ein Markenzeichen, dass die Kommission in einer solchen nicht ganz einfachen Frage eben auch eine nicht ganz einfache Antwort gibt. Auch das kann ja ein Markenzeichen sein.

Gut, ich würde dann vorschlagen, wir kommen jetzt erst einmal zu der Kommissionsdrucksache AG4-2.

Tagesordnungspunkt 4
Beratung des überarbeiteten Leitbildentwurfs

Das möchte ich gleich sagen, Frau Kotting-Uhl: Es ist mir auch egal, ob es zehn oder 15 sind. Wir haben nur in diesen 15 Grundsätzen das aufgenommen, was alles an Anregungen kam, und wir können uns sicherlich verständigen, dass das möglicherweise weniger sind. Das ist aber auch nicht mein Problem.

Dann schlage ich vor, wir fangen an mit Teil A, also Leitbild der Kommission. Da bitte ich um Wortmeldungen. - Herr Kanitz.

Abg. Steffen Kanitz: Ich weiß nicht, wollen wir jetzt erst einmal besprechen, wie viele Grundsätze wir brauchen? - Nein. Oder gehen wir jetzt hinein?

Ad-hoc-Arbeitsgruppe
Grundlagen und Leitbild

Vorsitzender Michael Müller: Wir gehen es erst einmal durch.

Abg. Steffen Kanitz: Wir gehen einmal konkret rein, okay, einverstanden. Ich fange einmal mit dem ersten Grundsatz an: Ich persönlich empfinde den Begriff Nachhaltigkeit mittlerweile als dermaßen beliebig, dass ich mir wünschen würde, ihn durch einen griffigeren Begriff zu ersetzen. Für mich ist in diesem Zusammenhang das Thema „generationenüberdauernd“ relevant; deshalb:

Leitidee der Kommissionsarbeit ist
das Ziel der
generationenüberdauernden

- oder beispielsweise dauerhaften -

Entwicklung.

Aber „nachhaltig“ ist nach meinem Empfinden nicht mehr so gut geeignet, weil jeder mit „Nachhaltigkeit“ herumläuft und jeder etwas anderes darunter versteht. Für uns ist doch relevant, dass wir eine Lösung finden wollen, die Generationen überdauert, oder? Deswegen würde ich sozusagen einfach einmal zur Diskussion stellen, ob wir das vielleicht ersetzen können.

Vorsitzender Michael Müller: Herr Grunwald.

Prof. Dr. Armin Grunwald: Ich stimme Herrn Kanitz zu und nicht zu. In der Tat wird der Begriff in einer durchaus nervenden Weise und teilweise in beliebigem Sinne verwendet. Wir sind jetzt aber in der Wissenschaft seit 20 Jahren dabei, ihn zu präzisieren, und eigentlich kann man es heute nicht mehr ungestraft tun, ihn in so beliebiger Weise zu verwenden. Trotzdem sehe ich durchaus das Problem, das Sie da aufmachen.

Der Reiz des Nachhaltigkeitsbegriffs jedenfalls in meinem Verständnis - so, wie ihn die Brundtland-Kommission auch gefasst hat - ist: Er umfasst nicht nur die generationenübergreifende

Beständigkeit und Gerechtigkeit usw., sondern auch die gegenwärtige. Sie, muss ich sagen, fehlt mir bisher in dem gesamten Satz der Grundsätze irgendwo. Wir haben es mit Zukunftsethik und so; das finde ich alles gut, das ist drin, das muss sein, ganz zentral.

Das Wort Gerechtigkeit taucht ansonsten nur bei einem fairen Verfahren auf; das ist auch wichtig und muss auch sein. Aber es fehlt meines Erachtens die gerechte Lastenverteilung. Von der Atomenergie haben wir irgendwie alle gleichermaßen profitiert, ob wir es nun wollten oder nicht.

(Abg. Steffen Kanitz: Zwischen den Generationen?)

- Nein, heute. Das heißt, bei der Standortsuche oder bei der Art und Weise, wie man Standortsuche betreibt, gibt es ja auch Gerechtigkeitsfragen: Warum mutet man einer Region irgendwie zu, die Belastungen für das ganze Land zu tragen? Da wird man ja vielleicht auch über Kompensation, über Regionalförderung und über solche Dinge reden, um ein bisschen einen Ausgleich dafür zu schaffen, dass eine Region das Endlager schluckt.

Es geht um die Gerechtigkeit unter den jeweils heutigen Bedingungen. Das muss nicht heute sein, das kann auch in 50 Jahren sein. Dieser Aspekt der Gerechtigkeit, der fehlt mir noch; den würde ich irgendwo gerne auch verankert sehen.

Vorsitzender Michael Müller: Stefan Wenzel.

Min Stefan Wenzel: Dieser Begriff der Nachhaltigkeit hat ja schon 300 Jahre überdauert -

Vorsitzender Michael Müller: Noch länger!

Min Stefan Wenzel: - und hat damit eine ältere Geschichte als so manch anderer Begriff.

Ad-hoc-Arbeitsgruppe
Grundlagen und Leitbild

(Abg. Steffen Kanitz: Und hat sich immer wieder gewandelt!)

- Ja, das schon. Aber ich meine, die Brundtland-Kommission hat da einige Pflöcke eingeschlagen. Sie hat versucht, diese drei Begriffe der sozialen, ökologischen und ökonomischen Komponenten in die Balance zu bringen; hinterher ist dann noch ein Finanzaspekt hinzugekommen.

Es gibt im Moment sehr wohl intensive Arbeiten daran, dies künftig auch durch Indikatoren genauer zu definieren. Es ist insofern für unsere Arbeit spannend, als wir immer dann, wenn man ins Praktische geht, zum Beispiel bei der Frage Asse-Rückholung oder bei dem Konrad-Urteil, wenn ein Richter einem Kläger abspricht, für seine Enkel praktisch einen Schutz einzufordern, schnell an die Grenzen unseres gegenwärtigen Rechtssystems stoßen. Auch dann, wenn Sie bei der Summenformel im Strahlenschutz zwischen dem Schutz heutiger und dem kommender Generationen abwägen müssen, merken wir, dass wir sofort in Konfliktsituationen kommen, die niemand zu Ende gedacht hat.

Dies wäre irgendwie vielleicht noch in einem Satz dazu zu fassen, dass man das Heutige und das Künftige im Blick hat, das Soziale, das Ökologische und das Ökonomische; das hielte ich für - -

(Abg. Steffen Kanitz: Wenn wir es erklären, ist das okay!)

Vielleicht ist dieser Satz noch nicht der Weisheit letzter Schluss; aber ich glaube, er meint das Richtige.

Vorsitzender Michael Müller: Ich war 1985 dabei, als wir damals in der Wohnung von Willy Brandt in Unkel mit Gro Harlem Brundtland diese Idee entwickelt haben, und wir haben damals auch die Schwierigkeit gesehen, dass wir zwar einen Begriff definiert haben, aber nicht die Umsetzungsstrategie. Aber wir haben uns das

damals auch nicht zugetraut, weil wir Angst hatten - das war ja alles noch in der Zeit der Ost-West- und gleichzeitig der Nord-Süd-Konflikte -, dass das nicht mehrheitsfähig war.

Aber ich finde, von der Definition her ist das im Brundtland-Bericht klar, wenn man den Satz nimmt. Es ist nur ein Problem - das stimme ich Ihnen ja völlig zu -, dass man anschließend das für alles verwandt hat. Ich meine, es ist zum Teil schon fast peinlich, was alles unter Nachhaltigkeit gefasst wird.

Aber ich bin dennoch der Meinung: Die Politik darf diesen Begriff eigentlich nicht aufgeben, sondern sie muss ihn dann immer wieder definieren. Wir haben das eigentlich nur deshalb nicht gemacht, weil wir dachten, das würde hier zu weit führen. Aber wir greifen den Punkt gerne auf, also sowohl Zeitpolitik, Integrationspolitik und Gerechtigkeitspolitik. - Gut; ja, bitte.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Bin ich dran?

Vorsitzender Michael Müller: Ja.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Danke. - Ja, vielleicht auch erst noch einmal zu dem Begriff Nachhaltigkeit: Ich finde ihn jetzt hier schon sehr wichtig, muss ich sagen, weil das jetzt wirklich einmal ein ganz prägnanter Fall dafür ist, dass die Grundsätze der Nachhaltigkeit anzuwenden sind. In dem Satz 1 wird auch ein Stück weit erklärt, worum es geht: „Nachhaltigkeit bedeutet, ...“ Dann wird zumindest erklärt, was es mit dieser Zukunftsorientierung auf sich hat.

Dies hat ja auch eine Orientierung in den Raum. Der später genannte Grundsatz der nationalen Endlagerung hat ja auch mit Nachhaltigkeit zu tun, also nicht zulasten anderer Länder, anderer Menschen, die mit der Phase der Nutzung nichts zu tun hatten. Insofern wäre ich dafür, hier diesen Begriff tatsächlich beizubehalten.

Ad-hoc-Arbeitsgruppe
Grundlagen und Leitbild

Ich stimme Herrn Grunwald zu; das ist in meinen Augen auch der einzige Punkt, der einzige Grundsatz, der fehlt, wenn ich Sie richtig verstanden habe, Herr Grunwald. Vielleicht meine ich ein bisschen etwas anderes. Wir brauchen einen Grundsatz, der sich auf die aufnehmende Region bezieht; das fehlt bisher. Wir reden sehr viel von den zukünftigen Generationen und sehr viel von unserer ganzen Nation; aber wir reden nicht von der Region, die später die Last hat. Dazu muss ein Grundsatz hin, was wir sozusagen in diese Richtung auch verankern, versprechen wollen.

Jetzt zu meinem vorhin schon angedeuteten Gedanken, dass ich glaube, man kommt mit weniger Grundsätzen aus. Also, bis auf diesen einen Punkt - was ist mit der aufnehmenden Region? - finde ich eigentlich die Grundsätze richtig: Nachhaltigkeit, das lernende Verfahren, die Rechte zukünftiger Generationen, das Bekenntnis zum Atomausstieg, Grundlagen des Verfahrens und dann das Verursacherprinzip, das Bekenntnis der nationalen Lagerung und schließlich das Ziel des gesellschaftlichen Konsenses.

Ich meine aber, dass sich da ein paar Grundsätze zusammenfassen lassen. Ich hoffe, dass ich Ihnen jetzt nicht wieder zu sehr hineingrätsche, Herr Müller, aber ich finde, Satz 1 und 3 könnten einer werden.

Vorsitzender Michael Müller: Wie bitte?

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Die Grundsätze 1 bis 3 könnten ein Grundsatz sein, am Anfang, und zwar dieses Bekenntnis zur Nachhaltigkeit. Mir ist so ein Begriff wie verständigungs-, konsensorientierte Zukunftsethik zu unklar, sage ich ehrlich. Also, ich kann mir darunter etwas vorstellen; aber ich glaube, gerade wenn, worauf wir uns jetzt geeinigt haben, hier die Zielgruppe auch wirklich die Bürgerschaft ist, dann ist das ein Punkt, an dem viele Menschen vielleicht schon aufhören zu lesen und sagen, das ist

offensichtlich nicht für mich bestimmt. Aus den Grundsätzen 1 bis 3 würde ich also ein klares Bekenntnis zur Nachhaltigkeit machen.

Grundsatz 4 wäre dann 2; das ist das lernende Verfahren. Ich halte es für wichtig, dass dies sehr weit vorne steht.

Beim nächsten Grundsatz, dem jetzigen Punkt 5, sind dann die zukünftigen Generationen im Fokus. Grundsatz 6 ist das Bekenntnis zum Atomausstieg; das könnte meiner Meinung nach etwas weiter unten stehen.

Erst noch einmal zu den Grundlagen des Verfahrens: Die Grundsätze 7, 8 und 10 könnte man in meinen Augen auch zusammenfassen. Dazu habe ich noch einmal eine inhaltliche Nachfrage: Da stehen jetzt wieder die Pfade als Ergebnis unserer Kommissionsarbeit. Darüber müssen wir, glaube ich, einmal eine kleine Runde machen. Ich gehe nach wie vor, ehrlich gesagt, davon aus, dass unsere Aufgabe ist, am Ende unserer Arbeit eine Empfehlung abzugeben. Also, in dem Papier der AG 3, das wir jetzt nicht beschlossen haben, was auch klug war, das wir aber mehr oder weniger zustimmend zur Kenntnis genommen haben, ist diese Einengung auf Tiefengeologie plus Reversibilität.

Stefan Wenzel hat da jetzt noch die Anmerkung, dass er das Hüte-Konzept oder etwas diesem Nahestehendes - es geht schon in Richtung Hüte-Konzept, oder ich sage einmal, das Niederlande-Prinzip für einige Jahrhunderte; aber es geht schon auch in diese Richtung - dabei noch beachtet haben möchte.

Das müssen wir noch diskutieren. Aber ich verstehe unsere Aufgabe so, dass wir am Ende dem Bundestag und dem Bundesrat die Empfehlung für ein Verfahren übergeben, mit dem in der nächsten Legislaturperiode gestartet werden kann, aber nicht, dass sozusagen Bundestag und Bundesrat sich dann noch einmal verständigen müssen, was von unseren

Ad-hoc-Arbeitsgruppe
Grundlagen und Leitbild

Empfehlungen sie konkret machen. Vielmehr muss das ein Verfahren sein, mit dem gestartet werden kann, weil das Ziel ist, in der nächsten Legislaturperiode mit der Endlagersuche zu beginnen.

Aber ansonsten, wie gesagt, finde ich, die Grundsätze 7, 8 und 10 kann man auch zusammenfassen. Dann kommt das Bekenntnis zur nationalen Lagerung, das - -

Vorsitzender Michael Müller: Das würde ich nach vorne zur Nachhaltigkeit ziehen, Entschuldigung.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Genau. - Dann haben wir noch die Grundsätze 12 und 13, die man, finde ich, auch zusammenfassen kann, weil sie beide in die Richtung gehen, dass unser Ziel ein gesellschaftlicher Konsens ist.

Das wäre meine Empfehlung. Ich würde schon sagen, zehn oder zwölf, ganz einfach deshalb, weil das eigentlich so griffige Zahlen für Grundsätze sind, die dann auch besser hängen bleiben.

Vorsitzender Michael Müller: Okay. - Herr Grunwald.

Prof. Dr. Armin Grunwald: Da folge ich Frau Kotting-Uhl fast durchweg; ich halte die Vorschläge für sehr gut. Ich habe vielleicht an einer Stelle einen etwas anderen Vorschlag. Sie haben vorgeschlagen, Frau Kotting-Uhl, eins bis drei zusammenzufassen. Ich würde vorschlagen, es auf zwei Punkte zusammenzufassen, Grundsatz 1 mit dem Thema Ethik, Gerechtigkeit, Zukunft, wie auch immer, und das zweite zum Thema Offenheit der Zukunft/Unsicherheit des Wissens; denn daraus ergibt sich diese Notwendigkeit des Lernens usw.

Dann würde ich noch an etwas erinnern, was Herr Kanitz vor einiger Zeit sagte: dass wir aufpassen müssen, nicht schon Ergebnisse

hineinzuschreiben; denn das Leitbild ist ja sozusagen die Art und Weise, wie man herangeht, um dann hinterher etwas herauszukriegen.

Die Anerkennung der Notwendigkeit unsicheren Wissens - es geht eben nicht anders - drückt sich ja dann später sozusagen in Maßnahmen zur Rückholbarkeit aus, Reversibilität usw. Aber das sollte man vielleicht nicht so deutlich schon hier hineinschreiben - das kommt dann auf die Formulierung an -, nicht, dass es so den Anschein erweckt, als plauderten wir das aus oder als bekäme das einen logischen Zirkel.

Vorsitzender Michael Müller: Haben Sie da einen konkreten Vorschlag? Also, deshalb ist es ja hier noch vergleichsweise offen formuliert; hier steht ja immer „mögliche“ und so.

Prof. Dr. Armin Grunwald: Da ist höchstens die Frage, ob das Wort „Rückholbarkeit“ hier schon kommen soll. Das ist, glaube ich, das Einzige. Ansonsten finde ich es auch völlig in Ordnung.

Abg. Steffen Kanitz: Vielleicht lassen wir da das Wort „Rückholbarkeit“ einfach heraus und sagen „für die Bergung der Abfälle“ oder so etwas; darum geht es ja eigentlich. Da geht es - -

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Entschuldigung. Oder wir bleiben bei der Fehlerkorrektur. Das umfasst das im weitesten Sinne auch.

Abg. Steffen Kanitz: Oder wir bleiben bei der Fehlerkorrektur, bei der Reversibilität, ja, zum Beispiel.

Vorsitzender Michael Müller: Dann könnten wir auch als Einleitung sagen: „Dazu gehören auch Überlegungen wie ...“

Abg. Steffen Kanitz: Zum Beispiel, ja.

Vorsitzender Michael Müller: Stefan Wenzel.

Ad-hoc-Arbeitsgruppe
Grundlagen und Leitbild

Min Stefan Wenzel: Ich bin schon dran? Das ging aber schnell. Ich will noch einmal einige Punkte aufgreifen, zunächst den Vorschlag, verschiedene Punkte da vorne eins, zwei und drei vielleicht zu zwei Punkten zusammenzufassen. Es wäre aus meiner Sicht ein gangbarer Weg, aus diesen dreien vielleicht zwei zu machen und darüber noch einmal nachzudenken.

Zu vier habe ich eine Anmerkung: Die Schweizer haben folgenden Grundsatz in ihrer Arbeit geprägt:

Vor der Festlegung eines Ortes und einer Methode für die Sicherung und Lagerung hoch radioaktiver Stoffe muss eine Definition der Regeln, der Sicherheitskriterien und der grundlegenden Sicherheitsanforderungen erfolgen.

Das heißt, keine nachträgliche Veränderung der Spielregeln. Wenn man sich das einmal beim Schachspiel vorstellt: Wenn derjenige, der beim Schachspiel zurückliegt, plötzlich sozusagen eine grundlegende Regel verändern will, dann würde jeder Spieler sagen, so haben wir keine Grundlage mehr, und das Spiel ist beendet.

Das gilt für ganz viele Umgangsregeln in der menschlichen Gesellschaft. Auch Veränderungen von Tagesordnungen bei einer Sitzung erfordern in der Regel Einstimmigkeit. Es findet sich also in vielen Grundsätzen wieder. Hier ist das zwar im zweiten Halbsatz angesprochen: „Spätere Verbesserungen ...“

Vorsitzender Michael Müller: Noch einmal in 12.

Min Stefan Wenzel: Nein, in 4.

Vorsitzender Michael Müller: Es steht noch einmal in 12. Das heißt, das man 12. zu 4. ziehen müsste.

Min Stefan Wenzel: Ja, nur ist hier der Satz gefährlich:

Spätere Verbesserungen und
Veränderungen des
Suchverfahrens ...

Ihn finde ich gefährlich, weil er antizipiert, dass man das Suchverfahren später ändert. Man wird Dinge später auch ändern können müssen, weil es im Kalkar-Urteil den Grundsatz gibt, dass der jeweilige Stand von Wissenschaft und Technik Grundlage aller Beurteilung von bestmöglicher Sicherheit ist.

(Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Nein, nein, das geht hier nicht!)

Vorsitzender Michael Müller: Dann streichen wir das hier.

(Abg. Steffen Kanitz: Anpassungen! Wenn man da von späteren Anpassungen statt von Verbesserungen spricht!)

Min Stefan Wenzel: Nein, meines Erachtens ist der zweite Halbsatz verzichtbar. Dafür müsste es aber in 7. heißen:

Grundlage aller Anforderungen ist
der jeweilige Stand von
Wissenschaft und Technik.

Vorsitzender Michael Müller: Genau.

Min Stefan Wenzel: Dann war noch irgendwo der Begriff „der heutige Stand von Wissenschaft und Technik“.

Wenn wir diesen Begriff aus dem Kalkar-Urteil verwenden, „der jeweilige Stand von Wissenschaft und Technik“ - das ist zum Beispiel auch im Planfeststellungsbeschluss von Konrad drin -, dann haben wir immer antizipiert, dass künftig auch Verbesserungen im Wissen um die Sicherheit einfließen; aber man kann nicht

Ad-hoc-Arbeitsgruppe
Grundlagen und Leitbild

nachträglich die grundlegenden Spielregeln ändern.

(Abg. Steffen Kanitz: Genau, das stimmt!
Da sind wir uns einig!)

Vorsitzender Michael Müller: Wie gesagt, wir haben dies in Punkt 12: „Vor der Festlegung [...] genau beschrieben [...] sein.“ Das müsste man dann eigentlich mit 4. zusammenfassen.

Min Stefan Wenzel: Ja, da ist es, in 12. Genau, man könnte 12. praktisch anstelle des zweiten Satzes unter 4. nehmen.

Vorsitzender Michael Müller: Ja.

Min Stefan Wenzel: Und dann hängt dieser Satz mit „Stand von Wissenschaft und Technik“ bei 7. als Letztes daran. Man könnte den auch noch dahinter schreiben und sagen:

Grundlage aller
Sicherheitsanforderungen ist der
jeweilige Stand von Wissenschaft
und Technik.

(Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Aber impliziert der Stand von Wissenschaft und Technik nicht, dass er sich immer an dem orientiert, was gerade ist? - Cornelia Patzschke (BT): Mikrofon!)

Vorsitzender Michael Müller: Bitte Mikrofon benutzen; sonst können wir das nicht aufnehmen.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Also gut, dann ein offizieller Zwischenruf: Impliziert der Begriff „Stand von Wissenschaft und Technik“ nicht, dass er sich immer auf dem gerade aktuellen Niveau befindet?

Vorsitzender Michael Müller: Nein, nein. Das Problem der Definition „Stand der Technik“ ist, dass es bei vielen Gesetzen oder Verordnungen

(Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Wissenschaft und Technik nicht!)

- ja, ich will es ja sagen - vielfach unterschiedlich definiert wird. Das ist ein Problem.
Beispielsweise war es bei der Luftreinhaltungspolitik oft die Verordnung, die ihn festgeschrieben hat, aber nicht die Technik und auch nicht die Wissenschaft. Also, insofern bin ich da ein bisschen vorsichtig. Man muss deshalb schon genau den jeweiligen realen Stand wissen. Das ist durchaus ein Unterschied. Der definitorische bei der Luftreinhaltungspolitik ist nicht der Stand von Wissenschaft und Technik; das ist er leider nicht.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Aber im Atomgesetz ist der Stand von Wissenschaft und Technik so gemeint.

Vorsitzender Michael Müller: Tja, ist ja klar, obwohl man da ja auch Streit über die Frage der Sicherheitsvorschriften hatte. Also, wenn ich die ganze Biblis-Geschichte sehe, ist das auch komplizierter. - Ich nehme Herrn Grunwald und dann Herrn Wenzel.

Prof. Dr. Armin Grunwald: Nein, erst einmal nicht.

Vorsitzender Michael Müller: Dann Herr Wenzel.

Min Stefan Wenzel: Das Dilemma wird noch einmal deutlich in 5., dem ersten Satz. Da steht:

Die Kommission bereitet die
Suche nach einem Standort für die
Verwahrung radioaktiver Abfälle
vor, der nach heutigem
Wissensstand größtmögliche
Sicherheit gewährleistet.

Klar können wir sozusagen heute nur auf der Basis dessen entscheiden, was wir heute wissen. Aber wenn man sich jetzt das Konrad-Planfeststellungsverfahren anguckt - das bezieht sich wiederum auf das Atomgesetz -, so gilt dort

Ad-hoc-Arbeitsgruppe
Grundlagen und Leitbild

eben nicht der Stand von Wissenschaft und Technik zu dem Zeitpunkt, in dem der Antrag gestellt wurde, oder dem Zeitpunkt, in dem der Planfeststellungsbeschluss erlassen wurde; sondern es gibt eine dynamische Verpflichtung, neue Erkenntnisse von Wissenschaft und Technik auch in eine Verbesserung der jeweiligen Standards einfließen zu lassen. Deswegen müsste es immer heißen „der jeweilige Stand von Wissenschaft und Technik“.

Vorsitzender Michael Müller: Ja, ja.

Min Stefan Wenzel: Sonst bleiben wir ja immer auf dem Stand von heute stehen, und in 100 Jahren wird man sagen, na ja, ein bisschen mittelalterlich, was die damals gemacht haben.

Vorsitzender Michael Müller: Ich will nur sagen: Daraus ergeben sich natürlich erhebliche Konsequenzen auch für die Frage der Bewahrung und Weiterentwicklung von Wissen. Also, wenn sozusagen dann niemand mehr da ist, der sich darum kümmert, ist das eine Forderung im luftleeren Raum. - Gut. Herr Grunwald.

Prof. Dr. Armin Grunwald: Es passt eigentlich sehr gut dazu, wie in der AG 3 auch über Prozesswege und Reversibilität diskutiert worden ist.

Vorsitzender Michael Müller: Herr Kanitz.

Abg. Steffen Kanitz: Ich stelle mir die Frage, ob der Satz in 5. nicht trotzdem am Anfang genauso stehen bleiben kann, vor dem Hintergrund, dass wir in der Kommission natürlich schon eine Suche vorbereiten, die sozusagen nach unserem heutigen Wissensstand die größtmögliche Sicherheit gewährleistet. In Verbindung mit dem zweiten Satz in dem vierten Leitsatz, wonach spätere Verbesserungen - oder jetzt Veränderungen oder wie auch immer wir das formulieren - allgemein akzeptiert werden müssen, und dann noch einmal mit dem jeweils

aktuellen Stand von Wissenschaft und Technik, macht das schon Sinn.

Wir als Kommission können sozusagen kein Suchverfahren vorbereiten, das jeweils immer den aktuellen Stand von Wissenschaft und Technik jetzt im Kommissionsverfahren schon berücksichtigt, sondern wir können heute nur das vorbereiten, was wir sozusagen nach jetzigem Wissen verantworten können. Ich glaube, für beide Sichtweisen gibt es durchaus ganz gute Argumente; aber so ist das.

Vorsitzender Michael Müller: Das müssen wir zusammenführen. Weitere Wortmeldungen? - Frau Kotting-Uhl.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ja, zu dem Punkt, an dem wir gerade sind: Auch nach meiner Meinung muss in Grundsatz 5 auf den heutigen Wissensstand abgehoben werden; etwas anderes können wir nicht machen.

Bei Grundsatz 4 ist mir noch wichtig, weil Sie, Herr Kanitz, gerade gesagt haben, spätere Verbesserungen müssten allgemein akzeptiert werden, dass es bei „... müssen allgemein akzeptiert sein“, wie es hier steht, bleibt. Da müssen wir auch Klarheit darüber haben, was wir damit meinen. Das heißt nämlich, dass dies im Konsens erfolgen muss und nicht plötzlich von irgendeiner Seite rein technisch als Verbesserung gesehen und durchgedrückt werden kann. Vielmehr muss auch ein gesellschaftliches Einverständnis da sein, wobei ich den Rest streichen würde, weil er eine gewisse Vorgabe enthält, die eher wieder darauf hinausläuft, man habe das zu akzeptieren. Das muss so zu verstehen sein: nur, wenn das allgemein akzeptiert ist, sind spätere Verbesserungen und Veränderungen auch richtig.

Vorsitzender Michael Müller: Gut, wenn das so interpretiert wird, habe ich nichts dagegen, das zu streichen. Aber ich glaube, der Halbsatz sollte

Ad-hoc-Arbeitsgruppe
Grundlagen und Leitbild

gerade zum Ausdruck bringen, dass es konsensual ist; aber gut. - Herr Grunwald.

Prof. Dr. Armin Grunwald: Hat sich erledigt.

Vorsitzender Michael Müller: Aber wir machen das dann. Weitere Wortmeldungen? - Herr Ott.

Erhard Ott: Ich möchte noch einmal auf den Punkt 8 eingehen. Da heißt es, dass die Kommission von vier Grundprinzipien ausgeht, und unter (4) steht „Vorrang des Verursacher- und Vorsorgeprinzips“. Das ist nicht definiert. Wer ist der Verursacher?

Ich war 1972 unter anderem in Stade, wo gerade ein Kernkraftwerk, das jetzt im Rückbau ist, in Betrieb genommen worden war. Da ist mir deutlich geworden, dass es keine rein unternehmerische Entscheidung war, in die Kernenergie einzusteigen, sondern es war eine politische Entscheidung, es war politisch gewollt. Insofern gibt es mehrere Verursacher für die Folgen, mit denen wir uns jetzt herumzuschlagen haben.

(Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Nein, nein, so geht das nicht!)

Ich bin sehr dafür, dass das Verursacherprinzip hier verankert wird; aber es gibt nicht nur die Unternehmen, die sich jetzt hier mit den Folgen herumzuschlagen haben, sondern dazu haben letztendlich auch politische Entscheidungen geführt.

Vorsitzender Michael Müller: Das ist richtig. Das schreiben wir ja auch in dem Teil B, wiewohl ich da unterscheiden würde: Die politische Entscheidung war der Forschungspfad. Dass es zu einem massiven kommerziellen Ausbau kam, war letztlich darauf zurückzuführen, dass man damit überhaupt erst die Kosten senken konnte und es für die Unternehmen interessant wurde. Man darf ja nicht vergessen, dass fast alle Betreiber von Elektrizitätswerken dem Ausbau

der Kernenergie in der ersten Phase eher kritisch gegenüberstanden. Erst als es kommerziell war und gefördert wurde, wurden sie zu den massiven Befürwortern.

Aber auch das kann man differenzieren. Ich bin ja auch der Auffassung - das muss man auch einmal sagen -, dass die nicht kommerziell erzeugten Abfälle natürlich auch von der öffentlichen Hand weiter bezahlt werden müssen. Das ist so. Wir müssen das also ein bisschen differenzieren, okay. Weitere Wortmeldungen? - Ja, Herr Wenzel.

Min Stefan Wenzel: Wir haben jetzt den Komplex Nachhaltigkeit und Zukunftsethik am Anfang, dann haben wir den Komplex - -

Vorsitzender Michael Müller: Lernendes Verfahren.

Min Stefan Wenzel: Lernendes Verfahren, jeweiliger Stand von Wissenschaft und Technik.

Jetzt will ich noch eine Frage ansprechen. Ich habe an deinem Beitrag, Sylvia, gemerkt, dass ich beim letzten Mal mit meinem Vorstoß doch mehrfach missverstanden worden bin. Das Hüte-Konzept ist ja in meinem Änderungsvorschlag unter C. einsortiert worden, also nicht weiter zu verfolgen. Aber all das, was unter A. und B. steht, da bin ich der Auffassung, dass wir jede Begründung für oder wider wissenschaftlich voll durchdringen müssen, um am Ende begründen zu können, warum wir es verworfen haben oder warum wir es priorisiert haben. Ich will gar nicht heute schon die Entscheidung vorwegnehmen, wohin wir am Ende kommen. Ich möchte nur nicht zu früh dort den Forschungsweg beschränken.

Vorsitzender Michael Müller: Ja, ich glaube, dass wir es auch verstanden haben.

Min Stefan Wenzel: Es ging mir also darum, die Forschungspolitik möglichst breit zu halten und

Ad-hoc-Arbeitsgruppe
Grundlagen und Leitbild

nicht zu sehr zu verengen, damit wir nicht hinterher wieder in eine Sackgasse geraten und nur deshalb keine andere Option haben, weil wir keine andere Option im Blick behalten haben. Forschung hat eigentlich immer den Aspekt, dass sie einen breiten Blick in die Zukunft wirft. Gerade die ganze Atommüllforschung ist dadurch geprägt, dass sie immer sehr stark politisch gesteuert wurde. Deshalb ist sie ohnehin verengter als viele andere Forschungsbereiche.

Darum ging es mir bei diesem Punkt, und deswegen hatte ich hier noch den Satz:

Die Gesamtzahl möglicher Pfade für eine sichere Lagerung muss wissenschaftlich vollständig durchdrungen und beschrieben sein, um eine verantwortbare Wahl des sichersten Weges vollziehen zu können.

Also im vollen Wissen um das, was die Entscheidung für oder gegen einen Weg bedingt.

Vorsitzender Michael Müller: Das wäre dann 7.

Min Stefan Wenzel: In Ansätzen war es hier auch drin.

Vorsitzender Michael Müller: Das ist Grundsatz 7.

Min Stefan Wenzel: Da steht auch: „ergebnisoffenen Prozess mögliche Pfade, die wissenschaftlich durchdrungen ...“

(Abg. Steffen Kanitz: Herr Wenzel, können Sie freundlicherweise noch einmal vorlesen, welchen Satz Sie in der Formulierung - -)

Vorsitzender Michael Müller: Machen Sie bitte das Mikrofon an, Herr Kanitz.

Abg. Steffen Kanitz: Herr Wenzel, wenn Sie freundlicherweise das noch einmal wiederholen, damit wir das sozusagen in der Formulierung hier haben!

Min Stefan Wenzel: Ich habe gesagt:

Die Gesamtzahl möglicher Pfade für eine sichere Lagerung muss wissenschaftlich vollständig durchdrungen und beschrieben sein, um eine verantwortbare Wahl des sichersten Weges vollziehen zu können.

Das wäre allenfalls eine kleine Modifizierung dessen, was hier steht. Hier steht:

Die Kommission beschreibt [...] in einem ergebnisoffenen Prozess mögliche Pfade, die wissenschaftlich durchdrungen und fundiert sein müssen ...

Mir geht es darum, dass man dann, wenn man später in einem Genehmigungsverfahren ist, auch fundiert begründen kann, warum man einen anderen Weg nicht gewählt hat, und sei es, dass man begründen kann, warum man das Hüte-Konzept nicht für sinnvoll hält. Sonst würde es immer wieder Leute geben, die genau diese Option praktisch wieder als Alternative herausziehen.

Vorsitzender Michael Müller: Herr Grunwald.

Prof. Dr. Armin Grunwald: Direkt dazu: Ich verstehe die Motivation; Sie haben sie auch in der AG 3 deutlich vorgebracht. Ich warne aber immer - - Ich bin durchaus auch einverstanden, wenn man die Worte „wissenschaftlich durchdrungen“ etwas verstärkt. Aber wenn man die Vollständigkeit der wissenschaftlichen Durchdringung fordert, bekommt man ein Problem, weil man diese Vollständigkeit nie beweisen kann. Das heißt, irgendjemand hätte

Ad-hoc-Arbeitsgruppe
Grundlagen und Leitbild

immer die Option, zu sagen: Das ist noch nicht vollständig, wir können noch nichts machen. Denken Sie an die Klimaskeptiker!

Vorsitzender Michael Müller: Da ist der Beweis der Eintritt der Katastrophe, das wissen wir ja.

Okay, wir gehen noch einmal darüber, um es ein bisschen klarer zu machen; aber im Grundsatz ist das nach meinem Dafürhalten da drin. Wir schauen uns beide Formulierungen noch einmal an. Weitere Wortmeldungen? - Ich nehme noch Herrn Kanitz und Frau Kotting-Uhl, und danach werde ich einen Vorschlag zum weiteren Verfahren machen. Herr Kanitz.

Abg. Steffen Kanitz: Okay, vielen Dank. Wir sind jetzt ja dabei, über alle Grundsätze parallel zu diskutieren. Deswegen komme ich auf den Punkt 7 zurück, in dem von einem kategorischen Imperativ die Rede ist. Das ist wieder so ein Beispiel, bei dem ich denke, der normale Bürger guckt drüber, der eine oder andere hat Kant gelesen, viele andere aber auch nicht. Da stellt sich mir einfach die Frage, ob wir nicht anders beschreiben können, was wir damit meinen. Aus meiner Sicht hat die „möglichst sichere Verwahrung radioaktiver Abfälle“ oberste Priorität, oder? Das ist doch einer unserer obersten Grundsätze.

Vorsitzender Michael Müller: Der kategorische Imperativ ist ein bisschen mehr.

Abg. Steffen Kanitz: Aber dann wäre mein Wunsch, ihn zu beschreiben.

Vorsitzender Michael Müller: Es geht Ihnen darum, ihn zu erklären?

Abg. Steffen Kanitz: Genau.

Vorsitzender Michael Müller: Dann bin ich dafür, bin ich dafür.

Abg. Steffen Kanitz: Okay, gut.

Vorsitzender Michael Müller: Wir wollten sowieso überlegen, ob wir nicht eine Art Glossar machen, wo wir bestimmte Kernbegriffe erklären. - Frau Kotting-Uhl.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Es geht jetzt noch einmal ein bisschen zurück; aber Herr Kanitz hat ja auch gerade festgestellt, dass wir das jetzt alles ein bisschen quer machen. Ich wollte doch noch einmal zum Verursacherprinzip etwas sagen, weil Sie, Herr Ott, vorhin meinten, man müsste das etwas differenzierter ausführen. Ich glaube, da liegt bei Ihnen ein Missverständnis vor, was das Verursacherprinzip angeht.

Ich weiß aus der Beschäftigung mit der Geschichte der Atomenergie auch, dass die Energiekonzerne am Anfang zum Jagen getragen werden mussten. Es gab in der Tat den ganz starken politischen Wunsch, da einzusteigen, und die Energiekonzerne, die ja heute auch nicht immer so schnell dabei sind, sich zu verändern, waren damals eher nicht dafür, den Einstieg in diese neue Geschichte zu machen. Deswegen gab es ja - einmal in Klammern gesprochen - auch ganz viele Vergünstigungen, die es sonst in keinem Wirtschaftszweig je gegeben hat. Verursacherprinzip heißt ganz schlicht: Wer hat die Abfälle produziert? Das ist wirklich ein Begriff, der auf jeden anderen Wirtschaftszweig auch anwendbar ist und den wir auch so lassen müssen.

In der Anhörung zu den Rückstellungen im Wirtschaftsausschuss haben wir von verschiedenen Sachverständigen deutliche Bemühungen gehört, genau dieses Verursacherprinzip anzugreifen, um dann eben von der Verpflichtung zur Übernahme der Kosten durch die EVU wegzukommen. Das darf, glaube ich, bei uns nicht einreißen. Für uns muss also schon ein Grundprinzip sein - so steht es auch im Gesetz -, dass die Abfallverursacher die Kosten tragen. Wie es nachher in der Realität kommen wird, wissen wir alle nicht, das ist völlig klar. Aber dass zumindest der politische Anspruch da

Ad-hoc-Arbeitsgruppe
Grundlagen und Leitbild

ist, das Verursacherprinzip so zu lassen, wie es allgemein definiert ist, und es nicht neu zu definieren, darauf würde ich schon Wert legen.

Vorsitzender Michael Müller: Eine Neudefinition war jedenfalls bei mir nicht der Punkt, sondern mir ging es um eine Klarstellung möglicherweise auch unter Verweis auf das Atomgesetz, oder wie auch immer wir das machen. Da müssen wir einmal gucken.

Ich würde jetzt vorschlagen, dass wir jetzt vor dem Hintergrund dieser Diskussion - ich sage noch einmal, wir haben das zusammengefasst, was wir als Anregungen bekommen hatten - versuchen, das Ganze unter Oberbegriffen noch einmal klarer zu gliedern, von den 15 Grundsätzen auf zehn zu kommen - es ist vielleicht besser, auf zehn zu kommen - und die Ergänzungen mit einzuarbeiten. Dann schreiben wir einen Entwurf, schicken ihn den hier Beteiligten zu und bitten sie, uns innerhalb von 14 Tagen Anregungen, Korrekturen oder was auch immer zukommen zu lassen. Okay?

Abg. Steffen Kanitz: Einverstanden.

Vorsitzender Michael Müller: Sie sind einverstanden, dann halten wir das so fest.

Nun kommen wir zu dem zweiten Papier.

Tagesordnungspunkt 5
2. Entwurf Grundlagen der Kommissionsarbeit

Dazu will ich gleich sagen, dass in ihm manche Redundanzen sind; das akzeptiere ich, die müssen raus, und wir müssen auch bei manchen Fachbegriffen ein Sternchen dran machen, um sie anschließend genauer zu erklären. Dem stimme ich auch zu. Reflexive Modernisierung ist ja nicht nur ein Begriff, sondern dahinter steht eine ganze Theorie. Genauso ist es bei manchen anderen Punkten. Gleichwohl kann man in

einem solchen Artikel nicht die ganze Theorie darstellen.

Vielmehr muss man aus meiner Sicht versuchen, es so als Brücke zu bauen, dass die Kommission zeigt, dass sie schon auf der Höhe der Debatte ist und einen intellektuellen Background hat, der nichts mit einer einfachen Nullachtfünfzehn-Diskussion zu tun hat. Das ist mein Interesse. Die üblichen Diskussionen, entweder so oder so, solche Schwarz-Weiß-Debatten möchte ich eigentlich nicht führen; das sage ich hier ganz offen, weil ich finde, dass die Politik und auch Leute, die in solchen Kommissionen sitzen einen bestimmten intellektuellen Anspruch haben sollten. Da kann man jetzt über vieles diskutieren; aber den Grundsatz halte ich für richtig.

Das ist im Grunde genommen das einzige Kapitel, bei dem wir bisher eine Ausdifferenzierung vorgenommen haben. Aber ich gehe davon aus, dass diese Ausdifferenzierung auch bei den anderen Kapiteln erfolgt, und dann wird dort auch entsprechend mehr stehen. Wir sollten uns nicht täuschen: Viele dieser Teile in so einem ausführlichen Bericht neben dem vorderen kurzen Teil werden dann natürlich auch genutzt, um es anschließend zu vertiefen.

Wie oft stelle ich heute beispielsweise fest, dass Enquetekommissionen jetzt erst aufgearbeitet werden. Ich will das gar nicht tun; aber ich sage: Das Wichtigste ist, dass man bestimmte Punkte setzt, und die müssen sich dann in die Gesellschaft hinein entwickeln und etwas verändern. Ich denke nur daran, dass wir 1990 zum ersten Mal ein CO₂- Minderungsszenario gemacht haben. Das hat sich gesetzt. Das war am Anfang kein Erfolg, es hat gar keiner hingeguckt.

So ist das auch bei vielen anderen Punkten. Um es aus meiner Sicht zusammenzufassen: Wir versuchen, das zu machen, was zum Konsens, zur Kultur, zur Politik gehört, nämlich

Ad-hoc-Arbeitsgruppe
Grundlagen und Leitbild

Zusammenhänge aufzuzeigen, um Verständnis und Verstehen zu ermöglichen. Das ist eigentlich das Ziel.

Da kann man jetzt über alles reden, das kann vielleicht ein bisschen kürzer werden, da kann vielleicht der eine oder andere Aspekt auch wegfallen, und dafür können andere Aspekte aufgenommen werden. Das ist nicht mein Problem. Mein Problem ist nur, ob man die Anlage akzeptiert.

Ich will persönlich sagen: Ich habe die Kommission von Anfang an so verstanden, dass sie nicht nur einen Vorschlag macht, sondern auch die alten Konflikte überwinden will. Einen Vorschlag kann ich immer begründen, aber er überwindet noch nicht die Konflikte. Die Konflikte heißen: Aus meiner Sicht müssen die Beteiligten zeigen, dass sie einen Schritt nach vorne machen und sich einem Lernprozess unterziehen. Das halte ich auch für richtig. - Wer möchte dazu etwas sagen? Herr Grunwald?

Prof. Dr. Armin Grunwald: Eigentlich wollte ich gar nichts sagen. Herr Kanitz hat gefragt, ob wir jetzt die 30 Seiten durchgehen. Das ist so am Tisch natürlich schwierig. Ich denke, das können wir nur auf der Ebene von Themen machen. Textarbeit kann man nicht in der Gruppe machen. Vielleicht ist es mehr eine Frage nach Redundanzen, Kürzungspotenzialen, auch nach der Struktur: Wie liest sich der Text jetzt von vorne weg. Es war ja bei einigen die Sorge, es wäre eine Aufarbeitung der Vergangenheit. Sie wollen es nach vorne gerichtet verstehen. Kommt das schon gut genug herüber, wo kommt es noch nicht gut genug herüber? Ich denke, solche Fragen kann man vielleicht hier in der Runde diskutieren.

Vorsitzender Michael Müller: Es ist ja auch ein relativ langer Text, den man so kurzfristig auch gar nicht bearbeiten kann. Darf ich vielleicht den Vorschlag machen, dass wir jetzt eine Frist von sagen wir mal, drei Wochen setzen, in der Sie

prinzipielle Anmerkungen machen? Es geht also nicht um Details. Das müssen wir dann auch über die Redaktion machen; dafür haben wir ja einen hervorragenden Mitarbeiter wie Herrn Voges. Sie sagen grundsätzlich, wo etwas anders sein muss, wo wir etwas verstärken müssen oder wie auch immer. Dann versuchen wir, das vertrauensvoll zu machen, und beim nächsten Mal werden wir dann kapitelweise vorgehen, nicht satzweise, kapitelweise. Das wäre mein Vorschlag.

(Jürgen Voges [BT] bespricht sich mit dem Vorsitzenden)

- Sagen Sie es nicht mir, Herr Voges, sagen Sie, was hinsichtlich des Konsenses notwendig ist.

Jürgen Voges (BT): Ich wollte daran erinnern, dass dies einer der ersten Entwürfe ist, die soweit fertig sind, dass man sie öffentlich zur Diskussion stellen kann.

Vorsitzender Michael Müller: Danach, ja.

Jürgen Voges (BT): Wenn jetzt die Teile, die hier noch fehlen, ergänzt sein werden. Bevor man zu einer endgültigen Beschlussfassung kommt, wird man auch in irgendeiner Art und Weise das Ergebnis der Öffentlichkeitsbeteiligung einbeziehen müssen. Es wird eine Veranstaltung geben; so sieht es jedenfalls das Konzept des Dienstleisters vor, den wir beauftragt haben: Teile des Endberichts, die im Entwurf da sind, sollen auf Veranstaltungen zur Diskussion gestellt werden. Resultat ist es dann ein Votum, mit dem sich wahrscheinlich diese Ad-hoc-Gruppe noch einmal mit diesem Votum auseinandersetzen müsste und sagen müsste, ob sie das berücksichtigen will oder nicht.

Vorsitzender Michael Müller: Herr Ott und dann Frau Kotting-Uhl.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Darf ich mich vordrängen? Herr Kanitz und ich müssen gleich

Ad-hoc-Arbeitsgruppe
Grundlagen und Leitbild

in den Umweltausschuss, weil ein Tagesordnungspunkt für uns beide noch ansteht.

Ich halte das, ehrlich gesagt, nicht für ein sinnvolles Vorgehen, diesen Teil jetzt singulär in der Öffentlichkeit zu beraten, der mit der gestellten Aufgabe und den Themen der Veranstaltung recht wenig zu tun hat. Es ist ein völlig anderes Themenfeld. Wenn wir damit jetzt ohne die anderen Teile des Berichtes kommen, dann haben wir alle die gleichen Reaktionen, die bisher auch kamen: Vergangenheitsbewältigung anstatt die Aufgabe zu lösen, die gestellt ist. Davor würde ich dringend abraten, nur im Gesamtzusammenhang!

Vorsitzender Michael Müller: Herr Ott.

Erhard Ott: Es geht eigentlich in die gleiche Richtung. Ich würde das im Moment auch nicht öffentlich zur Diskussion stellen, weil die Diskussion zum Teil A gezeigt hat, dass dort Formulierungen zu Verständnisthemen noch einmal überarbeitet werden müssen.

(Jürgen Voges [BT]: Das ist jetzt ein Missverständnis!)

Den Teil B kann man allenfalls nach der nächsten Runde in die Öffentlichkeitsbeteiligung geben, wenn auch noch einmal die Frage von Straffung und Zusammenfassung hier in der Gruppe diskutiert worden ist. Aber eigentlich würde ich das erst öffentlich zur Diskussion stellen, wenn alle Teile vorhanden sind und hier weitestgehend ein Konsens vorhanden ist.

Vorsitzender Michael Müller: Dazu will ich auch gleich sagen, dass es aus meiner Sicht so ist, dass in der Kommission noch eine ganze Menge Misstrauen, eine ganze Menge - wie soll ich sagen? - alte Vorstellungen vorhanden sind. Deshalb muss man noch viel stärker klarmachen, worum es eigentlich geht. Es geht nicht darum, irgendjemanden an den Pranger zu stellen, ohne dass ich jetzt hier Schuld und Ähnliches

wegdiskutieren will. Das muss aber jeder mit sich ausmachen; das ist nicht das Thema der Kommission. Das Thema der Kommission ist, zu erklären und daraus Schlussfolgerungen zu ziehen, dass bestimmte Prozesse sich nicht wiederholen.

Ich sehe das also auch so, nicht alleine, aber auch. Wir sollten das jetzt so machen: Wir haben ja den Text sowieso im Internet; dann soll er da stehenbleiben, damit habe ich auch keine Schwierigkeiten. Wer immer dazu Anmerkungen macht, sie werden dann hier in die Arbeitsgruppe mit hereingebracht. Aber ansonsten sollten wir natürlich das auch öffentlich vorstellen, aber erst, wenn wir in den anderen Teilen auch weiter sind. - Okay? So war das auch zu verstehen. Herr Voges noch einmal.

Jürgen Voges (BT): Das Leitbild soll bislang nicht am 20. Juni beim Bürgerdialog zur Diskussion gestellt werden. Diese Veranstaltung soll die Themen der Kommission breit abbilden. Später nach der Sommerpause - so sieht es jedenfalls das Konzept vor, das die Kommission in Auftrag gegeben hat -, sollen dann auf einer Reihe von Veranstaltungen, die ab September im etwa sechswöchigen Turnus stattfinden sollen, Themen oder Teile des Endberichts debattiert werden, die schon fertig sind, zu denen die Kommission schon eine Meinung hat. Ganz pragmatisch haben wir nach fertigen Texten Ausschau gehalten. Und das Leitbild liegt bereits im Entwurf vor. Wir wollen ja möglichst schnell in der Öffentlichkeitsbeteiligung weiterkommen.

Vorsitzender Michael Müller: Herr Grunwald.

Prof. Dr. Armin Grunwald: Zum einen ist es ja nicht wirklich fertig; es ist halt ein durchgängig fließender Text, der aber nach wie vor im Entwurfsstadium ist. Aber das ist nur eine Nebensache.

Eigentlich halte ich es aus meiner Sicht für sinnvoll, den Text nicht für sich öffentlich zur

Ad-hoc-Arbeitsgruppe
Grundlagen und Leitbild

Diskussion zu stellen, sondern im Kontext mit dem, was die Kommission zu bestimmten Sachfragen im Bereich Atommüll herausgefunden hat oder angeht, zum Beispiel die Reversibilitätsfragen, Rückholbarkeit und solche Geschichten. Das wäre das Konkrete, und dies hier wäre, sozusagen die zeitgeschichtliche Diagnostik als Hintergrund zu liefern. Das eine passt zum anderen.

Das besagt, dass wir mit dem Atommüll hier nicht einfach ein isoliertes Sonderproblem behandeln, sondern dass dies in einem größeren Zusammenhang steht. Dieser Zusammenhang muss klar werden. Für sich ist der Text, glaube ich, mit der Öffentlichkeit zu diskutieren, wohl aber viel besser im Kontext mit dem, was wir daraus zu konkreten Fragen machen. Das werden wir im Herbst sicherlich auch so weit haben, dass wir das an dieser oder jeder Stelle machen könnten.

Vorsitzender Michael Müller: Ich sehe das auch als Hintergrund für alle Fragen und insofern in diesem Zusammenhang. Ich halte es auf jeden Fall nicht für machbar, über den Text in einer öffentlichen Veranstaltung zu reden, wenn wir uns noch nicht verständigt haben. Das ist die Voraussetzung.

Aber insgesamt halte ich es schon für richtig - jetzt einmal losgelöst von dieser Frage - als einer der Konsequenzen, über die wir zu in der Verständigungssache diskutieren haben, dass wir natürlich, wenn wir sagen, es ist ein Lernprozess, diesen Lernprozess auch vor dem Hintergrund dieser Geschichte beschreiben. Das ist aber, glaube ich, selbstverständlich. - Wer hat sich jetzt noch gemeldet? Stefan Wenzel.

Min Stefan Wenzel: Ich glaube, die Frage ist ja insbesondere, wie wir jetzt die Textarbeit weiter vollziehen, um möglichst voranzukommen. Wenn man das jetzt zu lange zurückstellt, dann werden wir die Debatte später haben. Deswegen

würde ich eigentlich vorschlagen, dass wir eine Frist setzen - -

Vorsitzender Michael Müller: Ich habe gerade gesagt, in drei Wochen oder so sollen prinzipielle Anmerkungen eingegangen sein. Entschuldigung, das Mikrofon war aus. Wir müssen noch einmal darüber reden, ob wir es in drei oder vier Wochen machen. Bis dann soll jeder hier aus der Gruppe sagen, was er für ergänzungswürdig oder für klärungsbedürftig hält oder was seines Erachtens auch wegfallen kann. Dann würden wir beim nächsten Mal nicht Zeile für Zeile, aber Kapitel für Kapitel durchgehen.

Min Stefan Wenzel: Können wir dann vielleicht noch einmal eine Word-Fassung haben, sodass man da vielleicht im Veränderungsmodus herangehen kann?

Vorsitzender Michael Müller: Das soll das Büro machen. Der Veränderungsmodus ist immer hilfreich; das soll das Büro noch einmal allen zuschicken. Nur umgekehrt möchte ich noch für eines werben: Ich glaube, es ist nicht kritikwürdig, wenn man schon einmal anfängt zu arbeiten und sich Gedanken macht. Manchmal hatte ich bei Debattenbeiträgen das Gefühl, man müsse sich entschuldigen, dass man einen solchen Text vorlegt. Das ist nicht mein Verständnis. Das will ich gleich sagen. - Herr Grunwald.

Prof. Dr. Armin Grunwald: Das hat sich durch Ihre Rede jetzt erledigt. Im Prinzip meinte ich das auch. Textkommentierung habe ich auch einmal im Detail gemacht; aber jetzt geht es vielleicht eher darum, auch vor dem Hintergrund der Anforderungen an diesen Text, die wir heute diskutiert haben, noch einmal zu überlegen, ob es eine Liste offener Punkte oder eine Liste von möglicherweise noch nicht konsensualen Punkten gibt, also von Dingen, die wir hier in der Ad-hoc-Gruppe inhaltlich diskutieren sollten und die danach eine textliche Umsetzung finden

werden. So fände ich das Vorgehen auch sehr gut.

Vorsitzender Michael Müller: Okay, wobei ich auch sage, ich glaube, dass die Kommission uns auch die Chance geben muss, zu erklären, was wir damit meinen und was wir damit wollen. Wenn die Kommission ein lernendes Verfahren ist, dann gilt das auch für diese Texte.

(Heiterkeit)

Ja, gut. - Herr Voges.

Jürgen Voges (BT): Sie müssten noch einen ungefähren Zeitrahmen für die nächste Sitzung der Ad-hoc-Gruppe festlegen.

Vorsitzender Michael Müller: Vor dem Hintergrund sage ich jetzt drei Wochen zur Durchsicht. Dann müssen wir für die Überarbeitung etwa zehn Tage ansetzen. Das heißt, in etwa viereinhalb Wochen könnten wir einen Termin machen. Das wäre eigentlich so in der Woche nach Pfingsten

Erhard Ott: Da bin ich im Urlaub.

Vorsitzender Michael Müller: Da ist Herr Ott in Urlaub; aber das werden wir trotzdem hinkriegen

Erhard Ott: Vom 26. bis zum 28. bin ich weg.

Vorsitzender Michael Müller: Dann können wir den 29. nehmen. Ich muss persönlich sagen, dass ich in der ganzen Woche darauf Vorlesungen habe und nicht hierherkommen kann.

Prof. Dr. Armin Grunwald: Ich weiß auch nicht, ob es gut ist, wenn wir jetzt hier mit der kleinen Menge an Gruppenmitgliedern einen Termin festlegen.

Vorsitzender Michael Müller: Ich frage Sie trotzdem: Wäre es am 29. vielleicht denkbar?

Prof. Dr. Armin Grunwald: Nein, bei mir nicht.

Vorsitzender Michael Müller: Gut, dann wird es vielleicht ein bisschen später werden; das kann man nicht ändern. Gut, dann gucken wir Mitte Juni. Dann haben wir auch mehr Zeit, und wie gesagt, das Verfahren bei schwierigen oder nicht eingeführten Begriffen und theoretischen Positionen aus der Sozialwissenschaft stelle ich mir so vor, dass wir mit einem Kasten oder mit einem Glossar arbeiten werden. Anders geht das nicht. Es ist auch nicht schlimm, dass wir das machen, mein Gott. Ich bedaure sowieso, dass die Sozialwissenschaft heute in der politischen Diskussion so wenig Bedeutung hat. Das war einmal anders.

Also herzlichen Dank, und dann wünsche ich Ihnen noch eine schöne Woche.

Michael Müller
Vorsitzender

(Schluss der Sitzung: 12:35 Uhr)